



FoodFirst

FIAN DEUTSCHLAND
FÜR DAS MENSCHENRECHT
AUF NAHRUNG

AUSGABE 4/2021

Editorial

Liebe FIAN-Mitglieder, liebe Leser*innen,

am 23. September wurde er abgehalten, der „Welternährungsgipfel“ oder UN Food Systems Summit. Fast zwei Jahre haben wir bei FIAN den Prozess intensiv begleitet. Anfangs haben wir viele Vorschläge zur Verbesserung eingebracht. Als diese durchweg ungehört blieben haben wir uns am Boykott des Gipfels beteiligt. Über 800 Organisationen weltweit haben den Boykottaufruf unterstützt. Das gab es bei früheren Gipfeln nicht.

Aber warum? Der Gipfel war in vielen Bereichen ein Rückschritt. Menschenrechte spielten kaum eine Rolle. Die COVID-Pandemie wurde ignoriert. Mühsam erkämpfte Beteiligungsstrukturen der Zivilgesellschaft wurden beiseite gefegt. Und ein Mandat der UN-Vollversammlung holte man erst gar nicht ein. Konkreter noch: Man wollte weg von dem Versuch, die globale Politik in eine gemeinsame Richtung zu führen, wie es das Mandat des Welternährungsrates festschreibt. In den zum Gipfel gebildeten Multistakeholder-Koalitionen soll jeder machen, was er oder sie will – oftmals widersprachen sie sich sogar. Reiche Staaten sowie finanzstarke Stiftungen und Konzerne gaben über ihren hohen Ressourceneinsatz die Richtung vor. All dies schadet dem Multilateralismus.

Glücklicherweise ist die Bedeutung dieser neuen Koalitionen nicht allzu groß. Neben der Tatsache, dass der Gipfel in den Medien wenig positiven Rückhall fand, war dies sicher auch ein Ergebnis der internationalen Mobilisierung. Unsere Arbeit hat sich also gelohnt. Es konnten problematische Vorschläge verhindert werden, und die Kritik war gut sichtbar. Mehr noch: im Zuge der Arbeit sind hier in Deutschland und weltweit tolle neue Allianzen entstanden, alte Bündnisse haben sich gefestigt. Weitere Details zum Gipfel und unserer Kritik finden sich in diesem Heft. Ich wünsche eine spannende Lektüre.

Roman Herre, Agrar-Referent FIAN Deutschland



Verlorene Jahre für die Hungerbekämpfung Der Welternährungsgipfel und der Einfluss der Agrarindustrie

Weitere Themen im Heft:

Recht auf gesunde Umwelt anerkannt; Gewalt gegen Fischer*innen in Uganda; 10 Jahre Recht auf Nahrung in der mexikanischen Verfassung; Rüstungslieferungen nach Myanmar; International Council von FIAN; australische Bank zahlt Kompensation in Kambodscha; FIAN beim Klimastreik

Neuer internationaler Vorstand

Ende November fand das *International Council* statt, das alle drei Jahre stattfindende Treffen der FIAN-Sektionen – statt wie geplant in Portugal leider nur im virtuellen Raum. Zur Vorbereitung wurden zuvor drei Online-Vorbereitungstreffen zu Fundraising, zur strategischen Entwicklung von FIAN sowie zu Klimagerechtigkeit organisiert. Auch wenn der persönliche Austausch schmerzlich vermisst wurde, war die Beteiligung mit jeweils 50 bis 70 Teilnehmer*innen besser als erwartet. Alle Sektionen hatten zudem Präsentationsvideos eingereicht.

Neue Vorsitzende ist Priscilla Claeys, Professorin für Ernährungssouveränität und Menschenrechte an der Uni Warwick und langjährige Aktivistin von FIAN Belgien. Die Stellvertreterin Juana Camacho von FIAN Kolumbien lehrt Anthropologie an der Uni Bogotá. Neuer Schatzmeister ist Thomas Wolfer aus Heidelberg. Ebenfalls im Vorstand vertreten sind die Sektionen aus Uganda, Sambia, Schweden, Indonesien und Nepal. Verabschiedet wurden langjährige Mitstreiter*innen, mit denen auch FIAN Deutschland kooperiert hatte: Milton Yulán von FIAN Ecuador, Markus Greiling und Anne Bellows.

Einige interessante Entwicklungen seit dem letzten Council: Zwar gab es bei FIAN International einen Rückgang der Einnahmen und damit verbunden einen Personalabbau. Bei den Sektionen im globalen Süden hingegen haben sich die Einnahmen erhöht, so dass sich die Zahl der Beschäftigten um 70 Prozent erhöhte. Allein in Kolumbien gibt es nun 15 Hauptamtliche, bei den asiatischen Sektionen stieg die Zahl von 25 auf 36, in Afrika von 3 auf 14 (vor allem Sambia und Uganda). Und unser langjähriges Vorstandsmitglied Lotte Liegmann ist nun im Vorstand von FIAN Norwegen aktiv.



Friedensabkommen in Kolumbien: weiterhin fehlende Landreform

Ende November jährte sich zum fünften Mal der Abschluss des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC, wodurch der bewaffnete Konflikt nach 50 Jahren formell beendet wurde. Das Abkommen erfüllte das Land mit Hoffnung. Die rasche Umsetzung führte tatsächlich zu einem Rückgang der Gewalttate. Für einen positiven Effekt sorgten auch die überwiegend funktionierenden Mechanismen der „Übergangsgerechtigkeit“; diese soll die Opfer des Konflikts entschädigen, Täter bestrafen und eine Erinnerungskultur schaffen. Allerdings bestehen ernsthafte Sorgen zur Umsetzung zentraler Punkte des Abkommens. So hat die Reform des ländlichen Raums

(*Reforma Rural Integral*), die sich mit Ungleichheit und mangelnder Regelung von Grundbesitzverhältnissen – einer der Ursachen des Konflikts – befasst, mit weniger als fünf Prozent den niedrigsten Umsetzungsgrad. Insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen ethnische Minderheiten leben, werden weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen sowie eine Verschlechterung der humanitären Situation festgestellt. Um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, ist die Unterstützung und der Druck der internationalen Gemeinschaft notwendig, damit der kolumbianische Staat die Bestimmungen des Friedensabkommens einhält.

Bundesfreiwilligendienst: Alles Gute, Martin!

Die Bundesfreiwilligen sind ein unverzichtbarer Teil der FIAN-Geschäftsstelle. Sie unterstützen die Fallarbeit, recherchieren, sind für Öffentlichkeitsarbeit, Datenbankpflege und die Betreuung von Website und Social Media zuständig, organisieren Veranstaltungen, erledigen Übersetzungen und layouten Materialien. Meist wird der BFD bei FIAN nach dem Bachelor- oder Master-Abschluss eingeschoben, um erste Berufserfahrung zu sammeln.

Nach fast 18 Monaten im Team hat uns Martin Speer im Oktober verlassen. Wie auch die meisten seiner Vorgänger*innen fand er im Anschluss eine feste Stelle, in seinem Fall bei der Uni Bonn. Durch seine Zuverlässigkeit, seine freundliche Art, die vielen Ideen und nicht zuletzt seine Technikkompetenz war er für FIAN ein großer Gewinn. Da Martin weiterhin in Köln lebt, bleibt der Kontakt in die Geschäftsstelle erhalten.

Viele haben bereits Martins Nachfolger Marian Henn, der uns schon seit dem Sommer unterstützt, kennen gelernt. Marian hat in seiner Masterarbeit die Arbeitsbedingungen illegalisierter Erntehelfer*innen in Südspanien untersucht und war im Herbst für FIAN erneut vor Ort. Er unterstützt besonders die Arbeit zu Lateinamerika. Die nächste BFD-Stelle wird im Sommer 2022 frei. Bewerbungen sind ab jetzt möglich. Wir bitten um Unterstützung bei der Suche, da qualifizierte Bundesfreiwillige für die Abläufe in der Geschäftsstelle von hoher Bedeutung sind.



Marian (l) und Martin

Uganda: erster Fallbesuch von FIAN seit COVID-Ausbruch

Zwei Jahre nach Anordnung einer Mediation im Klageverfahren der Vertriebenen der Kweri Coffee Plantation gibt es einen nennenswerten Fortschritt: Der zuständige Staatsanwalt, die Vertreter des Unternehmens sowie die Gruppe der Vertriebenen, die das Entschädigungsangebot der Staatsanwaltschaft akzeptiert, haben die Vereinbarung fertiggestellt und dem Richter zur Unterschrift vorgelegt. Dieser müsste nach der Unterzeichnung die Auszahlung anordnen. Er ist jedoch zurzeit für ein Strafverfahren an ein Gericht außerhalb Kampalas abgezogen worden, dessen Dauer ungewiss ist. Der Abschluss der Mediation ist nicht nur für die 258 Kläger*innen wichtig, die sich mit der Entschädigung zufriedengeben, sondern auch für die übrigen 143 Kläger*innen. Denn der Richter hat angekündigt, dass er ihr Verfahren erst weiterführen wird, wenn die Mediation abgeschlossen ist.

Derweil verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Vertriebenen. Teilnehmer*innen der Menschenrechtsworkshops, die FIAN in der zweiten Oktoberhälfte 2021 vor Ort durchgeführt hat, berichten, dass sie den Hunger ihrer Kinder nicht stillen können. Gleichzeitig fällt das Schulschließen weg, weil alle Schulen in Uganda seit März 2020 geschlossen sind. Nahrungsmittel werden direkt von den Feldern gestohlen. FIAN unterstützt das Bemühen der Anwält*innen, die richterliche Unterschrift für die Mediationsvereinbarung zu bekommen und die Auszahlung der Entschädigung zu erwirken.



Versammlung mit den Vertriebenen Ende Oktober

Kambodscha: Endlich Entschädigung – aber immer noch kein Ackerland

2010 war FIAN erstmals in Kambodscha und hatte Vertreibungen und Landraub für die Zuckerfirma Phnom Penh Sugar hautnah miterlebt. Nachdem bekannt wurde, dass die australische Bank ANZ die Firma mit vielen Millionen US-Dollar finanziert hatte, reichten die Betroffenen 2014 mit Hilfe unserer Partnerorganisationen eine Beschwerde in Australien ein. Wie im vergangenen Jahr in FoodFirst berichtet, stimmte die Bank 2020 nach langem Ringen einer Entschädigungszahlung zu.

Nun – 10 Jahre nach den Vertreibungen – haben insgesamt 1.096 Familien in der Provinz Kampong Speu eine Entschädigung erhalten. Dies ist ein kleiner, zäh errungener Erfolg. Eang Vuthy, Geschäftsführer unserer Partnerorganisation Equitable Cambodia, erklärt dazu: „Es macht das jahrelange Leid nicht ungeschehen, aber es ist eine bedeutende Hilfe für die Familien, um nach vielen Jahren wieder auf die Beine zu kommen.“ Die Regierung Kambodschas wird weiterhin aufgefordert, das noch offene Verfahren zur Lösung des Landkonflikts inklusive Landrückgaben und Vergabe von Alternativland zu beschleunigen.



Widerstand der Betroffenen bei den ersten Rodungen

FIAN beim Klimastreik präsent

Am 24. September, kurz vor der Bundestagswahl, fand erneut ein globaler Klimastreiktag statt. FIAN hat bei der Kundgebung in Köln für eine klimagerechte Welt demonstriert. Drei Demonstrationszüge mit verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten zogen zunächst durch die Innenstadt und trafen sich zu einer Abschlusskundgebung am Rheinufer. Wurde wegen der langen coronabedingten Pause mit 5.000 Aktivist*innen gerechnet, so zählten die Veranstalter*innen schlussendlich 25.000 Protestierende. Damit waren wir stolzer Teil von Klimastreiks in 470 deutschen Städten mit insgesamt 620.000 Teilnehmenden.

In vielen der von FIAN unterstützten Fälle hat die Erderhitzung bereits heute spürbare Auswirkungen auf die Ernteerträge und die Verfügbarkeit von Trinkwasser. Einstmals ertragreiche Böden erodieren, traditionelle Kulturpflanzen gehen unter den neuen Klimabedingungen ein, Familien verlieren durch immer extremere Naturkatastrophen ihre Lebensgrundlagen. Der UN-Menschenrechtsrat hat im September das Mandat eines neuen Sonderberichterstatters zu Klima und Menschenrechten beschlossen. FIAN wird mit dem/der neuen Sonderbeauftragten die Zusammenarbeit suchen.



Der Welternährungsgipfel und der Einfluss der Agrarindustrie

von Astrud Beringer

Nach dem Welternährungsgipfel ist nun Zeit für ein Resümee. Welche Ergebnisse liegen auf dem Tisch? Hat sich die im Vorfeld geäußerte Kritik bewahrheitet? Zusammenfassend kann man festhalten: Zahlreiche Regierungen unterstützen zur Bekämpfung von Hunger und Klimawandel die von Industrie und Finanzwelt beworbenen marktbasiereten Ansätze. Die angekündigte Transformation des un-nachhaltigen und ungerechten industriellen Ernährungssystems ist keinen Schritt vorangekommen. Der UN-Ausschuss für Welternährung (CFS), bei dem die Stimmen von Betroffenen noch Gehör finden, wird zunehmend zu einem Schlachtfeld für den Erhalt demokratischer Prozesse und Inklusivität in der UN.

Der am 23. September ausgerichtete Welternährungsgipfel (UN-Food Systems Summit, UNFSS) in New York hat die Enttäuschung der Zivilgesellschaft über die „Untätigkeit“ der Staatengemeinschaft in Hinblick auf die Lösung der multiplen Krisen unserer Zeit auf die Spitze getrieben. Es ist erstaunlich, wie zwei ganze Jahre seit Beginn der Gipfelvorbereitungen verstreichen konnten, ohne dass die UN-Mitgliedsstaaten eine koordinierte Antwort zur Bewältigung der verheerenden Folgen der COVID-Pandemie auf die globale Ernährungssicherheit gefunden haben. Stattdessen haben die Organisator*innen ihr von Konzerninteressen geprägtes Multi-Stakeholder-Programm in die nächste Runde geschickt.

Obwohl der Gipfel als ein *People’s Summit* bezeichnet wurde, blieben Menschenrechte, echte Inklusivität und Transparenz Lippenbekenntnisse. Ganz nach dem Leitspruch „Jede*r ist Teil der Lösung“ waren neben Staatsoberhäuptern und Minister*innen auch Allianzen großer Konzerne (wie das World Business Council for Sustainable Development, siehe Grafik 1), Fonds (wie der *Green Climate Fund*) sowie industriefreundliche Stiftungen (wie die *Bill and Melinda Gates Foundation*) und Wissenschaftler*innen (wie Prof. Joachim von Braun) prominent beteiligt.

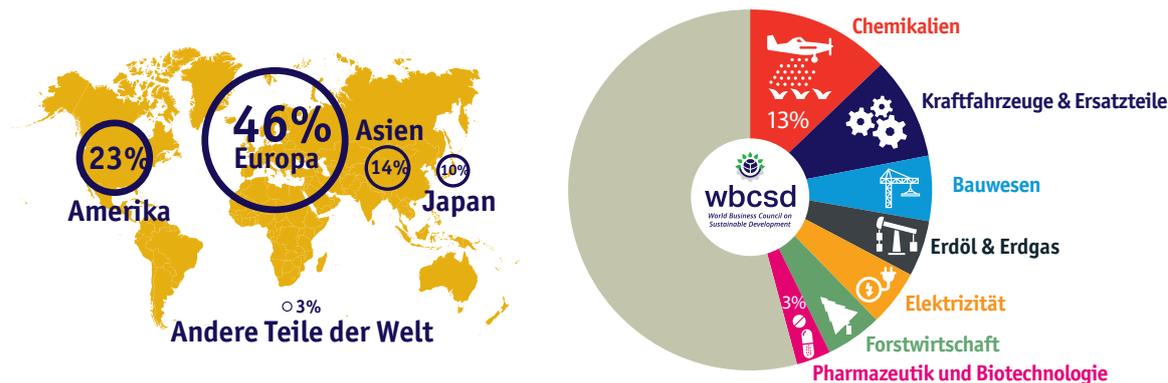
Folgerichtig wurden zur Bekämpfung von Hunger und Klimawandel insbesondere marktbasierete Ideen präsentiert, welche bereits beim Vorgipfel im Juli erarbeitet worden waren. Dazu zählen konzerngeprägte digitale Innovationen, Biotechnologien und die sogenannte *nature-based-production* – also Intensivlandwirtschaft mit einem Nachhaltigkeitslabel. Diese Ansätze sollen nun in einer Reihe von äußerst undurchsichtigen, willkürlich geschlossenen Multi-Stakeholder-Bündnissen (*Coalitions of Actions*) umgesetzt werden. Angesicht ihrer schwammigen Zielsetzungen wird eine Rechenschaft über deren Auswirkungen kaum möglich sein.

Agrarkonzerne schließen sich zusammen

Kritisch wird vor allem die von der Vereinigten Arabischen Emirate und den USA geleitete Initiative AIM for Climate (AIM4C) gesehen, die mittels konzerngeprägter digitaler Lösungen für neue Investitionsmöglichkeiten in der Landwirtschaft wirbt. AIM4C haben sich bereits über 75 Akteure angeschlossen, darunter zahlreiche Staaten, bekannte Chemie- und Agrarkonzerne (wie Bayer, Syngenta und BASF) sowie Universitäten, Forschungsinstitute und Stiftungen. Im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Glasgow im November wurde AIM4C offiziell gestartet. Solche öffentlich-private Partnerschaften drohen, die sozialen Ungleichgewichte weiter zu verstärken: Sie zeichnen ein Zukunftsbild der Landwirtschaft, in dem Kleinbäuer*innen keinen Platz mehr haben und in dem sich Daten- und Landraub im globalen Süden weiter verschärfen.

Die USA haben außerdem die umstrittene Allianz Sustainable Productivity Growth for Food Security and Resource Conservation gegründet, welche sich gezielt gegen die Nachhaltigkeitsziele der europäischen *Farm-to-Fork* Strategie richtet. In deren Logik soll die EU-Strategie aufgrund der geplanten 50-prozentigen Reduktion von Pestiziden zu massiven Produktivitätsverlusten und schließlich zu mehr Hunger führen. In diesem altbackenen Argument spiegelt sich die Angst der Agrochemiegiganten wider, bei einer echten Transformation des industriellen Ernährungssystems als Verlierer dazustehen. Es ist im besten Fall blauäugig, dieselben Akteure, deren Geschäftsmodelle die Klimakrise, das Artensterben und Machtungleichgewichte verschlimmern, als führende Kräfte einer echten Transformation anzusehen. Es gibt keine „Firma Nächstenliebe“. Konzerne und Investoren werden sich nicht ohne Gewinnaussichten an einer nachhaltigen Transformation des Ernährungssystems beteiligen. Es überrascht somit nicht, dass die wirklich wichtigen Debatten, wie die Regulierung von

Grafik 1: Kategorien von TNCs (Transnationale Konzerne) in den 200 Mitgliedsunternehmen des WBCSD



Zu den Mitgliedern gehören die Agrochemie-Giganten BASF, Bayer, Corteva, Syngenta, Sumitomo Chemical, DuPont, Dow, und auch BP, Cargill, Chevron, Danone, Google, Kellogg's, McKinsey & Company, Nestle, Nutrien, Pepsico, P&G, Ptt Global Chemical, Shell, Rabobank, Santander, Unilever, Walmart und Viterra.

Konzernmacht, die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung oder eine grundlegende Umgestaltung des unfairen Handelssystems, nicht im Gipfel thematisiert wurden.

Geld und Einfluss bestimmen die Richtung

Die Abschlusserklärung des UN-Generalsekretärs bestätigte dann auch die Befürchtungen der internationalen Zivilgesellschaft: die problematischen Multi-Stakeholder-Strukturen sollen in einem Folgeprozess in der UN weitergeführt werden. Unter anderem soll eine neue Koordinierungsstelle (*Coordination Hub*) innerhalb der Welternährungsorganisation FAO für die Umsetzung der Gipfelergebnisse eingerichtet werden. Diese soll durch eine „Champions-Gruppe“ beraten werden, bei welcher eine Fortsetzung der intransparenten und willkürlich gewählten UNFSS-Strukturen naheliegt. Solch ein Hub würde die bestehende globale Steuerung von Ernährung und Landwirtschaft erheblich verändern und vor allem eine Parallelstruktur zum CFS etablieren. Letzterer gilt als inklusivstes UN-Gremium, weil darin die von Hunger und Mangelernährung betroffenen Gruppen ein besonderes Mitspracherecht genießen. Solch eine Parallelstruktur würde somit die Stimmen von Betroffenen in wichtigen Entscheidungsprozessen stark untergraben.

Da der *Summit* im Gegensatz zu früheren Ernährungsgipfeln vom UN-Generalsekretär und nicht von der Vollversammlung ausgerichtet wurde, hat er keine normative Verbindlichkeit. Die Ergebnisse sind lediglich Empfehlungen des Generalsekretärs. Dennoch haben zahlreiche Staaten – auch Deutschland – die Bildung neuer Parallelstrukturen im Nachgang des Gipfels unterstützt, zuletzt auf der Plenarsitzung des CFS im Oktober. Gleichzeitig beteiligt sich die Bundesregierung inhaltlich an den problematischen Multi-Stakeholder-Bündnissen (z.B. die Koalition zu Schulernährung – siehe dazu auch den Artikel zu Milch in diesem Heft). FIAN hat zusammen mit Brot für die Welt, INKOTA, der Agrarkoordination und dem Forum Umwelt und Entwicklung die Bundesregierung dafür kritisiert, dass sie sich auf dem Gipfel nicht für den Erhalt und die Stärkung des CFS eingesetzt hat.

Keine Antworten auf die drängendsten Fragen

Die Bundesregierung steckt in einem Dilemma. Einerseits heißt sie die Etablierung dieser neuen Strukturen innerhalb der UN gut. Auf der anderen Seite spricht sie sich für den CFS und dessen inklusiven Charakter aus. Dies steht für uns im Widerspruch. Zudem haben die Bundesregierung und andere Staaten es verpasst, die Auswirkungen der Pandemie auf die Ernährung und das Recht auf Nahrung im CFS anzugehen. Die Zivilgesellschaft im CFS sowie das Expert*innen-Gremium HLPE haben in den letzten 18 Monaten gebetsmühlenartig die Notwendigkeit einer globalen Koordinierung nationaler Strategien gefordert – das ureigene Mandat des CFS. So hätten auch die strukturellen Ursachen, z.B. die industrielle Landwirtschaft, der einseitige Blick auf globale Lieferketten oder die starke Konzentration von Konzernmacht in Ernährungssystemen, diskutiert werden können. Die Forderung nach einem solchen multisektoralen, multilateral koordinierten Ansatz zur Bewältigung der Pandemiefolgen stellt auch eine politische Erklärung von über 1.000 Organisationen, welche Kleinproduzent*innen, indigene Völker, Aktivist*innen für Ernährungs- und Klimagerechtigkeit, Wissenschaft und NROs repräsentieren.

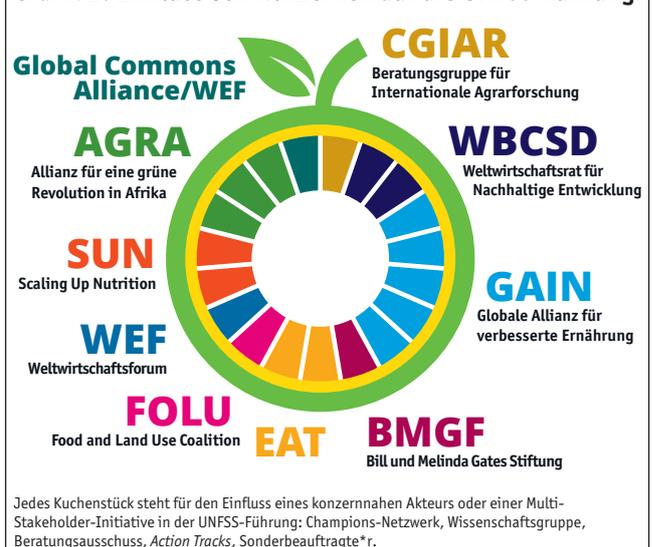


Protest gegen den FSS (© Hofkollektiv Bienenwerder)

Stattdessen wenden sich die Regierungen nun den marktbasierter Ideen der großen Agrar- und Ernährungskonzerne zu. Diese versprechen ein „nachhaltiges“ industrielles Ernährungssystem mit steten Gewinnsteigerungen. Der Motor dieses profitgierigen Ernährungssystems weist aber bereits schwerwiegende Defekte und Mängel auf. Eine oberflächliche „Greening-Reparatur“ zögert lediglich den Zeitpunkt eines kompletten Ausfalls weiter hinaus. Es wird jetzt eine radikale Transformation des Ernährungssystems gebraucht, welche auf menschenrechtlichen und agrarökologischen Ansätzen basiert. Das CFS ist dabei ein wichtiger und wohl der lautstärkste globale Resonanzraum, um die Forderungen der Betroffenen einzubringen. Regierungen müssen endlich aufwachen und handeln. Wir können kein irreparabel beschädigtes System immer wieder neu starten, bis es am Ende ganz kaputt ist.

*Astrud Beringer begleitet für FIAN Deutschland die Vor- und Nachbereitung des UNFSS. Sie arbeitet zu den Themen Ernährungssouveränität, den Rechten von Kleinbäuer*innen, Digitalisierung und Klimagerechtigkeit. Astrud war mehrere Jahre für NGOs, Graswurzelorganisationen und Universitäten in Österreich, Deutschland, Thailand und den Philippinen tätig.*

Grafik 2: Einfluss von Konzernen auf die UNFSS-Führung



„Der UN-Welternährungsgipfel ist gescheitert“

Interview mit Sofia Monsalve

Der UN-Welternährungsgipfel beendete einen enttäuschenden zweijährigen Prozess, der im Schlepptau der Agrarindustrie nicht weniger als eine „Transformation der Ernährungssysteme“ initiieren wollte. Brot für die Welt, FIAN und Hunderte weitere Organisationen haben den Gipfel boykottiert und alternative Aktivitäten angeboten. Sofia Monsalve, Generalsekretärin von FIAN International und Mitglied im internationalen Beirat von Brot für die Welt erläutert, welche negativen Wirkungen auf die künftige Hungerbekämpfung drohen.

Stand die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung im Mittelpunkt des Welternährungsgipfels (UNFSS)?

Sofia Monsalve: Die UN ist dazu verpflichtet im Rahmen der UN-Charta zu agieren. Wir haben aber gesehen, dass dies nicht geschehen ist. Ganz im Gegenteil, wir haben uns sogar mehr davon wegbewegt, wo wir einmal standen. Obwohl rhetorisch auf das Recht auf Nahrung Bezug genommen wurde, spielte es in Wirklichkeit keine wichtige Rolle. Wenn man diesen Gipfel menschenrechtlich ausrichten hätte wollen, hätte man ihn ganz anders planen müssen.



Sofia Monsalve beim High-Level Political Forum der UN in New York

Wie hätte man einen Gipfel planen sollen, der auf dem Recht auf Nahrung aufbaut, gerade hinsichtlich steigender Hungerzahlen?

Man hätte die Betroffenen von Anfang an miteinbeziehen müssen. Sie hätten einen Raum bekommen sollen, wo sie sich selbst organisieren können, um dann gemeinsam am Gipfel teilzunehmen. Das ist keine Träumerei, das hat so schon oft stattgefunden – zum Beispiel bei der FAO und beim Welternährungskomitee (CFS).

Der erste Schritt wäre gewesen, dass Organisationen der Betroffenen die Agenda mitbestimmen. Dadurch wären wichtige Themen eingebracht worden. Aber beim UNFSS ist das Gegenteil passiert: Die Organisatoren haben sich darauf konzentriert, machtvollen Akteuren Platz einzuräumen, um mit ihnen die Agenda vorzubereiten. Der Gipfel wurde auch nicht zwischenstaatlich organisiert. Es wurden zu Beginn eine Handvoll Akteure eingeladen, darunter das Weltwirtschaftsforum, das World Business Council for Sustainable Development, Initiativen wie GAIN und SUN sowie Stiftungen wie Rockefeller und Gates. Diese haben eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung der Agenda gespielt.

Und wir dürfen nicht vergessen, dass bestimmte Staaten oder Länder, insbesondere die europäischen Regierungen, ebenfalls Einfluss ausgeübt haben. Dies führte dazu, dass die UN eher der Agenda der transnationalen Konzerne gefolgt ist, als die Menschenrechte von Hungernden und Mangelernährten in den Vordergrund zu stellen.

Wie hat der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung reagiert?

Der UN-Sonderberichterstatter, Michael Fakhri, hat eine sehr wichtige Rolle gespielt. Er hat von Anfang an aktiv am Gipfel teilgenommen und war dort eine kritische Stimme. Er wollte innerhalb des UNFSS eine kritische, aber konstruktive Rolle spielen. Es war sehr beeindruckend, wie er seine Unabhängigkeit bewahrt hat und im Gespräch mit vielen Akteuren seinem Mandat treu geblieben ist.

Zu Beginn hatte der Gipfel keinen Bezug zu Menschenrechten. Durch Fakhris Intervention wurde dann eine Arbeitsgruppe, eine sogenannte *Levers of Change*, gegründet, die sich unter seiner Leitung mit Menschenrechten befasste. Das stimmte ihn zunächst positiv, dass mit einem konstruktiven, kritischen Dialog doch Veränderungen im Gipfelprozess erwirkt werden können. Doch dann wurde das Programm zu Menschenrechten im Vorgipfel ohne seine Beteiligung gemacht. Wie kann das sein? Er hat diese Arbeitsgruppe geleitet und irgendjemand anderes hat sie einfach übernommen.

Fakhri hat immer wieder daran erinnert, was es bedeutet, ernsthaft einen Menschenrechtsansatz zu verfolgen und umzusetzen. Insofern ist sein letzter Bericht sehr nützlich; er nimmt hierin eine kritische Analyse des Gipfels vor und gibt Regierungen



UN-Sonderberichterstatter Michael Fakhri

Empfehlungen, was sie mit den Ergebnissen machen sollen. Ansonsten bleibt er fest an den Themen dran, die die Leute am meisten kümmern, aktuell vor allem die Folgen von COVID-19.

Wenn wir jetzt wieder auf die UN-Ebene schauen, da wurde uns immer wieder gesagt, dass dies ein einmaliger Gipfel war. Jetzt soll es aber doch einen Folgeprozess in den Strukturen der in Rom ansässigen UN-Organisationen geben. Wie bewertet ihr diese Entwicklung bei FIAN? Entsteht da eine Parallelstruktur, um die Welternährungsarchitektur umzugestalten?

Der Generalsekretär hat in seiner Abschlusserklärung zur Umsetzung der Empfehlungen des UNFSS eine künftige Koordinierungsstelle in Rom vorgeschlagen. Wir befürchten, dass dies ein Versuch ist, die UN-Organisationen in Rom, also das CFS und vielleicht auch die FAO, auszuhöhlen oder in ihren Grundsätzen so zu verändern, dass sie sich einem industrienahe Ansatz anpassen. Das ist nicht richtig, denn das CFS ist eine Institution mit Regeln und einem beschlossenen Arbeitsplan. Ein UNFSS-Nachfolgeprozess kann nicht einfach in Rom auftauchen und sagen: Ab heute machen wir hier neue Aktionsbündnisse (*Coalitions of Actions*)! Das geht nicht! Aber das ist das, was sie vorhaben.

Leute mit Geld werden kommen, zum Beispiel Stiftungen, die sagen, für dieses Aktionsbündnis legen wir so und so viel Geld auf den Tisch – und damit sind wir bei unserem stärksten Kritikpunkt an dem ganzen Prozess: der Zugriff der Agrarindustrie auf die Architektur der Welternährung, also dem „Corporate Capture“. Das finden wir extrem problematisch. Die FAO scheint sich hierauf schon vorzubereiten. Aber nochmal: auch die FAO hat Regeln und beschlossene Arbeitspläne. Es scheint jedoch, dass sie bereit wären, diese zu umgehen und diese Aktionsbündnisse einfach so in ihre laufende Arbeit zu integrieren. Dann würde es so aussehen, als ob diese Aktionsbündnisse Teil der beschlossenen Arbeitspläne der FAO wären. Dies wäre eine Aushöhlung oder Destabilisierung von bestehenden Strukturen.

Ist es in dieser Situation überhaupt noch möglich das CFS, welches das menschenrechtlich inklusivste UN-Gremium ist, in Zukunft zu stärken?

Das ist eine sehr schwierige Frage. Darüber zerbrechen wir uns gerade auch den Kopf, also was wir damit meinen, wenn wir sagen, wir verteidigen das CFS. Eine Sache, die geschehen müsste, wäre, dass sich das CFS wirklich der COVID-Thematik annimmt. Dafür kämpfen wir seit langem, und das ist die oberste Priorität für die zivilgesellschaftlichen Gruppen im CFS. Die andere Sache ist: Wir müssen ernsthaft auch über den bereits bestehenden Unternehmenszugriff im CFS und in der FAO diskutieren. Es braucht dringend Schutzmaßnahmen gegen Interessenskonflikte. Wir wissen, dass dies ein schwieriges Thema ist, aber es muss auf die Agenda der Rom-Institutionen kommen.

Waren die letzten zwei Jahre verlorene Jahre für die Erreichung des Rechts auf Nahrung?

Institutionell gesehen ja, denn es wurden sogar Kapazitäten abgebaut. Wir sehen aber auch wichtige Prozesse in Gange, vor allem die erhöhte Aufmerksamkeit für den Zusammenhang von Gesundheit und Ernährung – und zwar nicht nur bei den Ernährungsexpert*innen, sondern auch an der Basis. Ihr kennt



Prominenz statt Einbindung von Betroffenen: Prinz Charles beim Pre Summit (© FAO/Giuseppe Carotenuto)



FAO in Rom (© FAO, Giuseppe Carotenuto)

wahrscheinlich die aktuellen Berichte von kleinbäuerlichen Organisationen und von indigenen Völkern? Diese mussten sich in der COVID-Pandemie solidarisch organisieren, weil es schlichtweg nichts zu essen gab.

Ich kenne aus vielen Ländern Berichte von Suppenküchen und anderen Maßnahmen. Da ist sehr viel Kreativität am Werk. Die Ernährungssysteme haben angefangen, sich zu wandeln. Das sehen wir zum Beispiel in Initiativen einer solidarischen Ökonomie. Ich denke, es wird sehr wichtig sein, dass wir solche neuen Initiativen sowie die enorme Nachfrage nach Agrarökologie fördern. Das boomt gerade auch in Städten. Das sind sehr wichtige Entwicklungen. Sie sind sehr zerbrechlich, aber wir müssen sie mit aller Kraft unterstützen. Und wir müssen die Zusammenführung von unterschiedlichen Bewegungen, wie Klima- und Gesundheitsbewegung oder zu Finanzstrukturen weiter fördern und eine gemeinsame Agenda aufbauen.

Das Interview erschien zuerst im Blog von Brot für die Welt. Wir danken für die Nachdruckerlaubnis.

Food Systems Summit: Rückenwind für die Fleischindustrie

von Zach Boren

Geleakte Dokumente dokumentieren einen Streit hinter den Kulissen: Verbände der Fleischwirtschaft forderten vom Ernährungsgipfel, den weltweiten Fleischkonsum zu befördern. Die Abschlussdokumente sollten die industrielle Tierhaltung und die intensive Landwirtschaft als „nachhaltig“ einstufen. Kritische Stimmen hingegen fanden kaum Beachtung.

Verbände der Fleischindustrie haben darauf gedrängt, dass der UN-Ernährungsgipfel den weltweiten Fleischkonsum ankurbelt – trotz des immensen ökologischen Fußabdrucks der Intensivtierhaltung. Der UN-Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri warnte daher im Vorfeld, dass die Agrarindustrie „die Diskussion dominieren“ könnte. So forderte eine Gruppe von Industrieverbänden, darunter das *International Meat Secretariat* und das *International Poultry Council*, in einem Positionspapier, dass die UN den weltweit steigenden Fleischkonsum unterstütze. „Fortschritte bei der Intensivtierhaltung“ würden demnach zur „Erhaltung der planetarischen Ressourcen beitragen“. Eine Verringerung des Fleischkonsums spiele eine nachgelagerte Rolle. Weiter heißt es in dem Papier: „Innovative Methoden in der Viehzucht können auch den Klimawandel adressieren, sowohl bei der Abschwächung als auch bei der Anpassung [...] Die Viehzucht wird Lösungen für die heutigen Herausforderungen bieten.“ Die Verbände repräsentieren einen Großteil der globalen Fleischlieferkette. Sie verfassten den Forderungskatalog in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Clusters „Nachhaltige Viehwirtschaft“, welches Empfehlungen für den Gipfel ausarbeiten sollte. Das Dokument steht damit im klaren Widerspruch zur Position des Weltklimarats der Vereinten Nationen (IPCC): Der Fleischkonsum, insbesondere in den reichen Ländern, solle nach Auffassung des IPCC zur Bekämpfung des Klimawandels deutlich reduziert werden.

Technische Lösungen statt Reduktion des Fleischverbrauchs

Der Entwurf führte zu einem Zerwürfnis: Auf der einen Seite die Fleischindustrie, die von den Delegationen Brasiliens und Argentiniens – beides wichtige fleischproduzierende

Länder – unterstützt wurde. Auf der anderen Seite einige Wissenschaftler*innen und Nichtregierungsorganisationen, die in die Arbeitsgruppe aufgenommen wurden, nachdem diese bereits den ersten Entwurf erstellt hatte.

Philip Lymbery, Geschäftsführer der Tierrechts-Organisation *Compassion in World Farming*: „Als ich zum Co-Leiter für nachhaltige Tierhaltung ernannt wurde, fiel mir als Erstes auf, dass die Arbeitsgruppe stark auf die Interessen der Industrie ausgerichtet war.“ Lymbery weiter: „Als Lösung wurde in erster Linie eine wesentlich höhere Viehproduktion vorgeschlagen. Diese solle durch technische Innovationen erreicht werden. Es folgten einige Lippenbekenntnisse zu angeblicher Nachhaltigkeit. Alternativen wurden weitgehend ignoriert.“

Ende Juni – zu diesem Zeitpunkt hatten alle anderen Arbeitsgruppen ihre Vorlagen eingereicht – sollte in einer Telefonkonferenz ein neuer Entwurf ausgehandelt werden. Die Teilnehmer*innen gerieten aneinander: Ein Vertreter des *International Poultry Council* wollte keine Erklärung unterstützen, die suggeriere, dass die Industrie nicht bereits nachhaltig sei. Die in der *International Dairy Federation* organisierte Milchwirtschaft sprach sich gegen die Formulierung eines „Übergangs“ zu einer nachhaltigen Landwirtschaft aus. Dr. Marco Springmann, der an der Universität Oxford zu Nachhaltigkeit arbeitet: „Es schien mir ein unwissenschaftlicher Prozess zu sein. An dem Schlagabtausch wollte ich nicht beteiligt sein.“

Die Auseinandersetzung veranlasste die Verbände der Fleischindustrie, an hochrangige UN-Vertreter*innen zu schreiben und damit zu drohen, sich vom Gipfel zurückzuziehen: „In der Diskussion wurde deutlich, dass die sehr zuverlässigen Belege für eine nachhaltige Entwicklung der Viehzucht, die über mehr als ein Jahrzehnt von wissenschaftlich geführten Organisationen aufgebaut wurden, zugunsten einer Anti-Viehzucht-Rhetorik



Rinderfarm in Brasilien (© Greenpeace)

missachtet werden.“ Würden die Bedenken nicht berücksichtigt warnten die Fleischverbände: „Wir können nicht weiterhin Zeit für einen Prozess aufwenden, bei dem klar ist, dass wir nur dazu da sind, den Anschein von Inklusivität zu erwecken. Dabei verfolgen in Wirklichkeit einige Mitglieder der Gruppe eine ideologische Agenda.“

Kleinbauern als Feigenblatt

Hsin Huang, Generalsekretär des *International Meat Secretariat*: „Eine Verringerung der Tierzahlen in den Industrieländern wird nur dazu führen, dass in den Entwicklungsländern mehr Tiere in weniger effizienten Systemen produziert werden. Hierdurch würden Probleme wie Emissionen, Ressourcenverbrauch oder mangelnder Tierschutz weiter verschärft. Ein besserer Weg ist es, die besten Aspekte intensiver (hauptsächlich in den Industrieländern) und kleinerer (hauptsächlich in den Entwicklungsländern) Systeme zu kombinieren“.

Dr. Matthew Hayek, Professor für Umweltwissenschaften an der New York University, der sich ebenfalls erst später dem Prozess angeschlossen hat, kritisiert: „Die Beteiligung von Interessensgruppen ist zwar wichtig. Aber eine Konferenz dieser Bedeutung sollte der Industrie keine Plattform bieten, den wissenschaftlichen Konsens zu leugnen oder kleinzureden. Eine Verbesserung der Tierhaltung ist zwar wichtig, reicht aber nicht aus. Wir wissen, dass eine Reduktion des Konsums tierischer Lebensmittel notwendig ist, um unsere Klimaziele zu erreichen. Stimmen aus der Industrie haben gegen die Einbeziehung der Stimmen aus der Wissenschaft protestiert“.

Laut des deutschen Diplomaten Dr. Martin Frick, der den Gipfel mitorganisierte, zielte dieser nicht darauf ab, „eine eindeutige Position zu beziehen“. Vielmehr sei er „ein Raum für schwierige Gespräche, die respektvoll geführt werden können. Dabei müssen wir anerkennen, dass es kein endgültiges Lebensmittelsystem gibt, das unter allen Umständen gute Lebensmittel, Lebensgrundlagen und eine gute Umwelt für alle bietet“. Frick weiter: „Wenn wir über Lebensmittel tierischer Herkunft sprechen, gibt es keine einfache oder binäre Antwort. Die Viehzucht ist von zentraler Bedeutung für den Lebensunterhalt von Kleinbauern, insbesondere in den ärmsten Ländern. Sie ist auch eine wichtige Quelle für Proteine und andere Nährstoffe für viele, die in fragilen Verhältnissen leben.“

Angeblicher Beitrag zum Klimaschutz

Letztendlich beschlossen die UN-Beamt*innen, die den Vorbereitungsprozess begleiteten, dass die Gruppe drei Positionspapiere erstellen solle, statt eines einzigen. Dr. Hayek kommentiert: „Unsere Perspektive einer Reduzierung des Verbrauchs wurde auf eines der drei Papiere beschränkt. Die beiden anderen enthalten hauptsächlich industrieorientierte Lösungen.“ Viele der umstrittenen Argumente wurden in die neuen Positionen übernommen. Dies ging von der Befürwortung technologiegestützter Effizienzsteigerungen in intensiven Landwirtschaftsbetrieben bis hin zur Anrechnung der Viehhaltung für die „Abschwächung des Klimawandels durch die Stimulierung von Grünlandpflanzen zur Kohlenstoffbindung“. Michael Fakhri, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und unabhängiger Berater des Gipfels: „Was sich im Bereich der Viehzucht abgespielt hat ist ein Mikrokosmos der Spannungen, die im Mittelpunkt des Ernährungsgipfels stehen. Hier bot sich die Gelegenheit, ein offenes und schwieriges

Gespräch über die Machtdynamik im Lebensmittelsystem zu führen. Doch der Gipfel hat es versäumt, einen Raum zu schaffen, in dem die eigentlichen Ursachen der Probleme hinterfragt werden können.“ Fakhri weiter: „Das heutige Lebensmittelsystem ist nicht nachhaltig, es ist nicht verantwortungsbewusst. Wenn man Agrarunternehmen, die über Geld und Macht verfügen, in die Entscheidung über die Zukunft des Systems einbezieht, werden sie unweigerlich die Diskussion dominieren.“



Schweinehaltung in Neuseeland (Farm Watch/Flickr, CC BY 2.0)



Eierproduktion in den USA (Rawpixel Ltd/Flickr, CC BY 2.0)

Berichte aus dem Inneren des Gipfels beschreiben denn auch einen Prozess, der „Technologie“ und „Innovation“ gegenüber ganzheitlichen Reformen in den Vordergrund stellte. Das Fehlen klarer Regeln – und möglicherweise der Umstand, dass der Gipfel nur virtuell stattfand – ermöglichte es der Industrie, eine übergroße Rolle bei der Gestaltung der Agenda zu spielen. Ein Großteil der Ergebnisse war jedoch lange vor der Versammlung in den Arbeitsgruppen und Clustern festgelegt worden. Was der Gipfel, die von ihm geschaffenen Allianzen oder die erarbeiteten Strategien für die globalen Lebensmittelsysteme in Zukunft bedeuten werden, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen.

Zachary Boren hat den UN-Ernährungsgipfel für Greenpeace UK begleitet. Übersetzung: Greta Möller, Lea-Sophie Müller-Praefcke, Philipp Mimkes.

Schulmilch: FAO, UNICEF und Unternehmen Hand in Hand

Nassim Nobari

Die Verbindungen zwischen den Vereinten Nationen und der Milchindustrie reichen bis zur Gründung der UNO zurück, genauer gesagt bis zur Gründung des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen. UNICEF, ursprünglich der *United Nations Children's Emergency Relief Fund*, wurde auf der ersten UN-Generalversammlung ins Leben gerufen, um Soforthilfe für Kinder im kriegsgeschüttelten Europa zu leisten. Das Hilfswerk verteilte zunächst Milch und half dann beim Aufbau entsprechender Infrastruktur – auch in Kontinenten, in denen Milch zuvor kein Nahrungsmittel war.

Von Beginn an war die Verteilung von Milch das Symbol für die Arbeit von UNICEF. Das erste Logo der Organisation stellte ein Kind dar, welches Milch vor einer Weltkarte trank. Gängiger Spitzname von UNICEF war denn auch „Milchmann der Welt“. Während der Schwerpunkt der Arbeit zunächst auf Europa lag, dehnten sich die Aktivitäten schnell auf den Rest der Welt aus, beginnend mit Asien. Da der Konsum von Milch in vielen Regionen der Welt nicht der Tradition entsprach, verschob sich die Arbeit vom Wiederaufbau der Kriegsschäden hin zum Aufbau völlig neuer Strukturen.

Schulprogramme als Türöffner

Hilfsprogramme haben meist einen altruistischen Anschein. Die Realität ist jedoch meist komplexer: Die Programme sind häufig spendenbasiert und an den Interessen der Geber ausgerichtet. Ziel ist häufig die Schaffung neuer Absatzmärkte. Kostenlose Lieferungen von Nahrungsmitteln können jedoch dazu beitragen, lokale Lebensmittelsysteme zu zerstören und Ernährungsgewohnheiten zu verändern.

Dies gilt auch für Milch: Die Verteilung von Milch an Schulkinder kann zur Schaffung ganz neuer Absatzmärkte führen. Kinder



Kind mit Milchglas: das alte Logo von UNICEF

sind hierbei der ideale Türöffner. Da sich ihre Geschmäcker und Gewohnheiten erst noch herausbilden müssen, sind sie leicht zu beeinflussen – dies kann die Esskultur ganzer Gesellschaften verändern. Und tatsächlich haben sich die Essgewohnheiten seit den Anfängen der UNO drastisch verschoben. Das gezielte Ansprechen von Kindern war hierbei eine Schlüsselstrategie. Insgesamt haben sich die Ernährungskulturen im letzten Jahrhundert globalisiert und verwestlicht. Ein oft übersehener Teil davon ist die Ausweitung des Milchkonsums. Über diesen wird nicht in der gleichen Weise berichtet wie etwa über die Verbreitung von Pizza, Burger und anderer verarbeiteter

Lebensmittel. Doch für viele Länder stellt das Trinken von Milch eine Übernahme westlicher Normen dar. Mehr noch als Fastfood oder verarbeitete Lebensmittel hat dabei die Milchwirtschaft von Subventionen und staatlicher Unterstützung profitiert.

Ein wichtiger Faktor hierbei war die Einführung von „Schulmilchprogrammen“, die meist auf öffentlich-privaten Partnerschaften beruhen. Beteiligt an solchen Programmen sind in der Regel Schulen, Regierungen und lokale Produzenten – oft aber auch internationale Entwicklungsorganisationen, Nichtregierungsorganisationen sowie Unternehmen wie Nestlé, Danone oder Tetra Laval. Die Lieferanten profitieren hiervon unmittelbar: So ist es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten verpflichtend, dass Milch zum Schulessen gereicht wird, damit diese vom Landwirtschaftsministerium erstattet werden können. Dies macht das öffentliche Schulsystem zu einem Hauptabsatzmarkt für die amerikanische Milchindustrie.

Nutznieser der Programme sind dabei nicht nur die Landwirte, sondern alle Beteiligten in der Lieferkette. Einer der Hauptakteure weltweit ist beispielsweise Tetra Pak, ein Hersteller von Milchkartons. Auf der Website von Tetra Pak wird stolz auf die Schulmilchprogramme hingewiesen, die das Unternehmen im Globalen Süden ins Leben gerufen hat. Tetra Pak kann somit seine Produkte verkaufen und zugleich wie ein guter Samariter aussehen.

Schlüsselrolle der FAO

Die kurzfristigen Vorteile für die Milchindustrie liegen also auf der Hand. Doch die langfristigen Auswirkungen sind vielleicht noch wichtiger. Die explosionsartige Zunahme von Schulmilchprogrammen in den letzten Jahrzehnten hat größtenteils in Ländern und Bevölkerungsgruppen stattgefunden, die zuvor kaum Milch konsumiert haben. Erst das Anbieten von Milch in Schulen normalisierte deren Konsum. Milch erscheint dadurch



Schulmilch in England 1944 (© Imperial War Museums)

als normaler oder sogar notwendiger Bestandteil einer gesunden Ernährung.

Die FAO hat hierbei eine Schlüsselrolle gespielt. So rief die FAO im Jahr 2000 den „Weltschulmilchtag“ ins Leben, der jeweils am letzten Mittwoch im September stattfindet. Die Zahl der Länder, welche diesen begehen, steigt stetig – eine kostenlose Öffentlichkeitsarbeit für die Milchindustrie. Die Vorstellung, dass Milch ein elementares Lebensmittel für Kinder ist, setzt sich immer mehr durch.

Dabei gehörte der Milchkonsum bis vor kurzem für einen Großteil der Menschheit nicht zu den Ernährungsgewohnheiten. Erst die Vermarktung von Milch als etwas, das gesund und notwendig für das Wachstum von Kindern ist, hat zu einer Verbreitung dieser westlichen Ernährungsnorm geführt. Die Assoziation von Milchkonsum mit westlichen, amerikanischen oder weißen Menschen soll vermitteln, dass Kinder durch Milch ebenso stark, groß, erfolgreich oder „entwickelt“ werden. Dieser Ansatz entspringt jedoch Eurozentrismus. Die Vorstellung, dass eine Ernährung ohne Milch ernährungsphysiologisch unvollständig ist, führt dazu, dass Kinder und ihre Eltern die Vielfalt der eigenen Esskultur geringschätzen. Oftmals geht diese Vielfalt durch die globalisierte Lebensmittelkultur verloren. Wenn eine Ernährung ohne Milch als mangelhaft gilt, dann diffamiert dies viele traditionelle Ernährungsweisen als mangelhaft.

Für viele Länder stellt das Trinken von Milch eine Übernahme westlicher Normen dar.

Traditionelle Nahrungsmittel verdrängt

Menschen, die aus Kulturen kommen, in denen Milchkonsum nicht dem Standard entspricht, sind meist mehrheitlich laktoseintolerant. Das bedeutet, dass sie Milch oder zumindest viele Milchprodukte nicht gut verdauen können. Obwohl es sich hierbei nicht um eine Krankheit handelt, wird dies oft als eine wahrgenommen. Als Säugetiere produzieren wir das Enzym Laktase, welches die Verdauung des Milchzuckers aus der Muttermilch unterstützt. Bei Menschen mit Laktoseintoleranz sinkt die Laktaseproduktion nach der Entwöhnung von der Muttermilch. In einigen Kulturen entwickelte sich jedoch die Milchwirtschaft, und Laktosetoleranz wurde zu einem wichtigen vererbten Merkmal. Mit der Zeit setzte sich dieses Merkmal in manchen Bevölkerungsgruppen mehrheitlich durch. Dennoch ist Laktoseintoleranz nach wie vor normal und wurde erst aufgrund einer eurozentrischen Sichtweise pathologisiert. Der Kalziumgehalt der Milch wurde von der Milchindustrie so erfolgreich vermarktet, dass heute allgemein angenommen wird, Milch sei die einzige Kalziumquelle – dies entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Die verschiedenen Esskulturen der Welt enthalten viele kalziumreiche Lebensmittel. Doch durch die globale Vermarktung von Milch bekommen diese kaum Beachtung oder werden in ihrer Bedeutung heruntergespielt. Doch anstatt sich dafür einzusetzen, dass die Bedürfnisse von Kindern mit gesunden, vielfältigen und kulturell angepassten Lebensmitteln gedeckt werden, unterstützt die FAO industrielle Interessen. Dass Kinder zu einer der vulnerabelsten Gruppen der Welt gehören, macht diese Entwicklung noch bedenklicher. Die Allianzen öffentlicher Einrichtungen mit der Milchindustrie werden selten angefochten und sind kaum in der Öffentlichkeit

präsent, weil Milch meist als gesund, notwendig und gut bekömmlich angesehen wird. Es ist an der Zeit, dass wir die UNO auffordern, mit der Unterstützung der Milchindustrie aufzuhören – angefangen bei der Ausweitung von Schulmilchprogrammen.



Schulmilch-Programm in Japan (Angelina Earley, CC BY-NC-ND 2.0)



Schulmilch in Thailand (TetraPak, CC BY-SA 2.0)

Der Widerstand gegen den UN-Gipfel für Ernährungssysteme und gegen den Weltschulmilchtag ist somit Teil des Widerstands gegen die Übernahme der Ernährungssysteme durch Nahrungs-Konzerne. Es ist an der Zeit den top-down Praktiken der Milchindustrie, die auf eine Veränderung der weltweiten Ernährungssysteme ausgerichtet ist, ein Ende zu setzen. Wir können die biologische und kulturelle Vielfalt verteidigen, indem wir die Bedeutung der zahlreichen anderen Lebensmittel, die Generationen ernährt haben, wieder stärker zur Geltung bringen.

Nassim Nobari ist Mitgründerin der US-Organisation Seed the Commons, die sich für gerechte Nahrungssysteme einsetzt. Sie organisierte für Seed the Commons die kritische Arbeit zum UN Food Systems Summit. Übersetzung: Greta Möller, Lea-Sophie Müller-Praefcke, Philipp Mimkes.

Uganda: Gewalt gegen Fischerei-Gemeinden

Der Viktoriasee ist eine wichtige Nahrungsquelle für mehrere Länder Ostafrikas. Die Überfischung – besonders für den Export – und die Verschmutzung durch Industrie und Agrarunternehmen bedrohen die Lebensgrundlage von Millionen. Zudem geht die ugandische Armee brutal gegen Gemeinden am Ufer vor. Boote werden zerstört, Fischfang beschlagnahmt, in den Dörfern greift Hunger um sich. Einer der Gründe für die Gewalt: der lukrative Nilbarsch soll ausschließlich exportiert werden, besonders nach Europa. FIAN forderte die ugandische Regierung in einer Eilaktion auf, die Kriminalisierung der Kleinfischerei zu stoppen. Zudem führen FIAN Uganda und FIAN Deutschland vor Ort menschenrechtliche Schulungen durch. In diesem Rahmen wurden Video-Interviews geführt, die wir hier in Auszügen dokumentieren.

Annet Nandugwa

Ich war verheiratet. Mein Mann hat mich und die Kinder verlassen. Jetzt bin ich diejenige, die sich um die Kinder kümmert. Ich habe zehn Kinder und Enkelkinder. Früher handelte ich mit allen Sorten Fisch. Eines Tages wurden wir von der Armee aufgefordert, zum See zu kommen. Als ich vom Markt zurückkam, stellte ich fest, dass das Boot verwüstet und die Netze in Brand gesetzt worden waren. Ich wusste nicht, was ich als Nächstes tun sollte, denn ich hatte kein Geld mehr. Mir blieben etwa zweitausend Schilling (etwa 0,48 Euro), die ich meinen Kindern gab, damit sie Brot kaufen konnten.

Danach habe ich Gelegenheitsarbeiten auf einer Farm verrichtet. So kamen wir an unser Essen. Wenn sie wenigstens die Armee vom See abziehen könnten, dann könnten wir wieder Silberfische fangen. Jedes Mal, wenn die Fischer jetzt auf den See fahren, beten wir zu Gott, dass sie sicher zurückkommen.



Esther Nabukeera, 32 Jahre

Ich bin Fischhändlerin. Die Armee zerstörte und verbrannte die Boote der Leute und verprügelte die Fischer. Einige starben, andere wurden verhaftet. Es gibt nur noch sehr wenige Boote. So kam es, dass die Menge an Fisch, mit der ich Handel treiben konnte, zurückging. Das hat uns sehr beeinträchtigt.

Ich hatte die Hoffnung, dass es irgendwann aufhört, aber es hat sich nur verschlimmert! Ich habe den Handel mit Nilbarsch aufgegeben und mich auf Silberfisch konzentriert. Früher bekam ich manchmal fünf Säcke Silberfisch pro Tag. Jetzt bekomme ich nur noch einen halben, manchmal einen Sack (ca. 110 Kilogramm). Ich habe keine Garantie, dass ich täglich Fisch bekomme.

Als ich 2015 hierherkam, begann ich mein Geschäft mit 3 Millionen Schilling (etwa 720 Euro), aber im Laufe der Zeit haben wir das ganze Kapital aufgebraucht. Ich musste mich um meine Kinder und meine Eltern kümmern, und so ging alles verloren. Vielen Menschen geht es ähnlich, denn fast alle ernähren sich von dem See. Einige Menschen hatten Kredite aufgenommen. Die Banken haben ihr Eigentum beschlagnahmt, und jetzt haben sie nichts mehr für ihren Lebensunterhalt. So sind wir alle auf den Nullpunkt zurückgefallen. Ich habe auch einen Kredit aufgenommen und zahle immer noch die Zinsen. Die Menschenrechts-Trainings helfen uns sehr. Wir bekommen Mut, über unsere Sorgen zu sprechen. Es ist das erste Mal, dass sich jemand mit uns zusammensetzt. Wir haben erfahren, dass es unser Recht ist, nicht geschlagen zu werden und dass wir vor Gericht gehen können.



Lydia Kagoya, 43 Jahre

Ich bin Fischerin und Fischhändlerin. Vor dem Eingreifen der Armee konnten wir ausreichend Fisch fangen, ich handelte mit Silberfisch und Nilbarsch. Aber dann wurden wir von der Armee misshandelt. Sie haben auch Boote verbrannt, so habe ich zwei Boote verloren.

Früher habe ich gut verdient, etwa 100 Euro im Monat. Ich konnte Arbeiter und das Schulgeld für die Kinder bezahlen. Nun bekommen wir keine Fischer mehr, die für uns arbeiten. Wenn die Armee dich auf dem Wasser entdeckt, schlagen sie dich. Ich beschäftigte sechs Arbeiter; ihre Familien sind von ihrem Einkommen abhängig.

Ich habe zehn Kinder. Einige sind von meiner verstorbenen Schwester, aber sie sind jetzt meine Kinder. Ich habe nur noch ein Boot. Ich kann meine Familie nicht mehr effektiv ernähren. Die Kinder können nicht mehr zur Schule gehen. Sieben gingen in die Schule, sechs mussten die Schule nun beenden.

Die Schulungen helfen uns, Selbstvertrauen aufzubauen und über unsere Situation zu sprechen. Wir sind den Organisatoren sehr dankbar! Vielen Dank, solche Schulungen können uns helfen, unsere Stimmen an die Behörden weiterzuleiten, damit sie aufhören, uns zu schlagen.



Rashida Nakawoya

Ich hatte sieben Jahre lang gespart und ein Kapital von 2,5 Millionen Schilling (etwa 600 Euro) erarbeitet. Ich hatte es durch das Trocknen und den Verkauf von Silberfisch verdient. Ich kaufte ein Boot, ein Netz und eine Lampe und baute ein Geschäft auf. Als die Armee kam, hatte ich es gerade erst zwei Wochen lang betrieben.

Es war eines Morgens gegen 9 Uhr, als sie kamen und meine Boote verbrannten. Wir hatten gerade begonnen, die Silberfische in der Sonne zu trocknen, da umstellte die Armee das Gebiet. Sie wiesen jeden von uns an, sich in die Nähe seiner Boote zu stellen. Um es noch schlimmer zu machen, sagten sie uns, wir sollten die Boote selbst anzünden! Das war eine schreckliche Erfahrung! An jenem verhängnisvollen Tag weinten die Menschen, einige wurden in Krankenhäuser eingeliefert. Auch ich verbrachte drei Wochen im Krankenhaus. Einer unserer Leute ist im See ertrunken.

Mein Leben hat sich zum Schlechten verändert. Wir hatten nichts zu essen und nichts, um unsere Kinder zu ernähren. Wir hatten Schulden bei den Schulen, in die unsere Kinder gehen. Meine Kinder waren in der 7., 10. und 11. Klasse, aber jetzt können sie nicht mehr zur Schule gehen. Auch Kleidung für die Kinder zu kaufen ist schwierig. Ich habe mir jetzt Land geliehen und etwas Maniok und Süßkartoffeln angepflanzt. So haben wir wenigstens zu Hause etwas zu essen, da ich keine andere Einkommensquelle mehr habe. Ich verkaufe einen Teil der Ernte, um Geld zu verdienen, denn man kann nicht einfach Maniok aus dem Garten holen und essen, man braucht auch noch etwas Soße. Also muss man etwas Maniok verkaufen, um Nusssoße oder Bohnen zu kaufen.

Wir mögen die Menschenrechtstrainings, wir lieben sie sehr, weil wir viele Dinge gelernt haben. Erstens sind wir jetzt frei, die Menschen wissen, dass sie ein Recht auf bestimmte Dinge haben. Ich habe gelernt, dass man eine Stimme haben kann und dass man auch sagen kann, was man will. Wir werden zum Beispiel einen Brief schreiben und ihn an die Beamten des Unterbezirks und des Bezirks schicken und eine Kopie an den Abgeordneten schicken, der unser Gebiet vertritt. Ich bin begeistert, dass wir das als Gemeinschaft tun können. Ich dachte, dass nur Anwälte oder andere gebildete Leute solche Maßnahmen ergreifen können.



Schulung von Fischergemeinde (links: Rehema Bavuma von FIAN Uganda)

Zum Schutz der Frauen wurden ihre Namen geändert. Das Projekt von FIAN Deutschland und FIAN Uganda wurde vom Auswärtigen Amt unterstützt.

Unerfüllte Versprechen: 10 Jahre Recht auf Nahrung in Mexiko

von Marian Henn

Im Jahr 2011 wurde die mexikanische Verfassung reformiert. Das Menschenrecht auf Nahrung wurde darin explizit verankert. Zehn Jahre später herrscht jedoch weiterhin Mangelernährung. Strukturelle Ursachen hierfür sind Freihandel, Importabhängigkeit und gewaltsamer Landraub. Zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung fehlen bindende Rechtsvorschriften und staatliche Programme.

Vorangetrieben durch die jahrelange Mobilisierung sozialer Bewegungen trat in Mexiko vor zehn Jahren eine Verfassungsreform in Kraft. Drei Entwicklungen hierin sind aus menschenrechtlicher Perspektive bedeutsam: seit 2011 genießen alle internationalen Verträge und Abkommen, denen Mexiko beigetreten ist, den gleichen Stellenwert wie die nationale Verfassung (z.B. der UN-Sozialpakt). Zweitens können nun auch Privatpersonen Menschenrechte einklagen. Und drittens verlangt die neue Verfassung, dass alle Gesetze auf Vereinbarkeit mit gültigen Menschenrechtsnormen geprüft werden. Im Fall von Verstößen müssen die Behörden den Fällen nachgehen, Sanktionen verhängen und angemessene Entschädigung leisten. Mexiko galt von nun an als Vorreiter für die Enthierarchisierung und Harmonisierung von internationalen Konventionen und nationalen Rechtssystemen.

Doppelter Ernährungsnotstand

Als Teil der Reform wurde das Recht auf Nahrung in die Verfassung aufgenommen. Artikel 4 nennt das Recht auf „nahrhafte, ausreichende und hochwertige Lebensmittel“. Artikel 27 nimmt den Staat in die Pflicht, im Sinne einer „ganzheitlichen und nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums [...] eine ausreichende Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten“. Neben Mais, Bohnen, Reis und Weizen zählen darunter auch regionale und saisonale Produkte.

Doch die Umsetzung lässt auf sich warten: Ein Drittel der mexikanischen Bevölkerung besitzt keinen ausreichenden Zugang zu Nahrung. Besonders betroffen sind nach Angaben der FAO ländliche Regionen, Frauen, Indigene sowie afrodeszente Völker. Gleichzeitig leiden breite Bevölkerungsgruppen unter Übergewicht. Expert*innen betonen den Zusammenhang mit der hohen COVID-Todesrate in Mexiko: Etwa sieben von zehn COVID-Toten litten an ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes und Bluthochdruck.

NAFTA und die Liberalisierung der Agrarmärkte

Die Ernährungskrise wurde insbesondere durch das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA von 1994 befeuert. Bereits mit Beginn der NAFTA-Verhandlungen wurden viele Rechtsverhältnisse harmonisiert. In Mexiko betraf dies in erster

Linie die in Artikel 27 der Verfassung formulierten Rechte zu kollektivem Landbesitz, die sogenannten *Ejid*os. Das Freihandelsabkommen schaffte die Möglichkeit, kollektiv verwalteten Boden zu privatisieren und ebnete den Weg für den Kauf durch Firmen oder finanzkräftige Privatpersonen. Zugleich wurden öffentliche Programme abgebaut und der Ernährungssektor zunehmend in die Hände der Privatwirtschaft gelegt.

Mexikos Versorgung mit Grundnahrungsmitteln hängt nun von Billigimporten aus dem Norden ab. Zugleich werden viele Agrarflächen für den Anbau von Exportprodukten reserviert: Alleine Tomaten und Avocado generieren zwei Milliarden Dollar jährlich, wodurch in erster Linie die Kassen der organisierten Kriminalität gefüllt werden. Nicht zuletzt wird Landraub durch sogenannte Entwicklungsprojekte im Energie- oder Infrastruktur-Sektor vorangetrieben, wie aktuell dem von der Deutschen Bahn mitgeförderten „Tren Maya“. Von der organisierten Kriminalität korrumpierte Behörden und Justizsysteme begünstigen die weit verbreitete Straffreiheit.

Wandel von unten

Auch aus normativer Sicht ist der Prozess zur Wahrnehmung des Rechts auf Nahrung nicht abgeschlossen. Zehn Jahre nach der Reform existiert noch immer kein Gesetz, das die Ernährungspolitik auf der Grundlage eines Menschenrechtsansatzes leitet, z.B. auf Basis der Freiwilligen Leitlinien der FAO oder der UN-Kleinbauernerklärung UNDROP. Zwar gab es in den letzten Jahren Fortschritte im Kampf gegen Pestizide, genmanipuliertes Saatgut oder Junkfood. Allerdings nehmen diese Initiativen Bezug auf die Gesetzgebung zum Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Die Aufgabe sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Akteure wie FIAN besteht somit weiterhin darin, staatliche Verpflichtungen einzufordern oder zu überwachen. Zugleich hängt die Verwirklichung der Menschenrechte nicht nur von nationalen Rechtsentwicklungen oder vom Völkerrecht ab, wie Alicia Carriquiborde von FIAN Mexiko schon 2013 resümierte: „Um die Menschenrechte zu verwirklichen, müssen wir auch dafür kämpfen, die vorherrschende Wirtschaftspolitik zu ändern, die die Ursache für den Hunger in Mexiko und in der Welt ist.“



Ecuador: Landrechte weiterhin verletzt

von Marian Henn

In den Morgenstunden des 11. Dezembers 2015 wurden in der Provinz Guayas 44 Familien der *Asociación De Montubios del Cantón Colimes (ASOMAC)* gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Beteiligt waren rund 150 Polizisten und Sicherheitskräfte. Häuser, Felder und Bewässerungssysteme wurden zerstört. Nun droht der Gemeinde der endgültige Verlust ihrer Flächen.

Der Ursprung der Vertreibung liegt – wie bei vielen weiteren Landkonflikten in Ecuador – in der unter Ex-Präsident Rafael Correa eingeleiteten Landreform „Plan Tierras“. Ziel der Reform aus dem Jahr 2009 war es, kleinbäuerlichen Gemeinden durch den Verkauf von 2,5 Millionen Hektar Land verstärkt Landnutzungsrechte zu übertragen. Vielerorts hat der „Plan Tierras“ allerdings nicht das „Gute Leben“ gebracht, wie es vom ecuadorianischen Staat propagiert wird¹. Stattdessen wurden Ungleichheit und Landkonzentration weiter verschärft. Der Fall ASOMAC steht hierfür exemplarisch².

Institutionalisierter Landraub

Im April 2009 hatte das Landwirtschaftsministerium den Besitz von 475 Hektar zugunsten der Gemeinde anerkannt. Diese hatte die Felder ihres Landguts „La Leopoldina“ seit Generationen bestellt, allerdings nie formelle Landtitel erhalten. Einige Monate später verkündete das Ministerium plötzlich, den „Plan Tierras“ auf eben diese Flächen anzuwenden. Zwei Teilflächen, die zuvor ASOMAC versprochen waren, wurden nun den Gemeinschaften „La Largarera“ und „1° de Junio“ zugeteilt. Diese waren wie aus dem Nichts aufgetaucht und offensichtlich eigens gegründet worden, um von dem Programm zu profitieren.

Konkret betraf die Entscheidung 150 Hektar, die direkt am Fluss liegen. Dort hatten zuvor 44 Familien gelebt und Landwirtschaft betrieben. Zudem hatte ASOMAC eine Bewässerungsanlage errichtet, von der auch die Familien ohne direkten Zugang zum Fluss profitierten. Das Verwaltungsgericht in Guayaquil erklärte die Übertragung an die neuen Gruppen im März 2016 zwar für unzulässig. Das Ministerium legte jedoch Berufung ein. Nun muss der Oberste Gerichtshof in Quito entscheiden – die Rechtsunsicherheit bleibt bis heute bestehen.

Die ökonomischen, sozialen und psychologischen Folgen sind gravierend. Viele Gemeindemitglieder verloren ihren gesamten Besitz und wurden in die Verschuldung getrieben. Der Verlust der Anbauflächen und des Zugangs zu Wasser verletzt dauerhaft ihr Menschenrecht auf Nahrung. Zum mangelnden Zugang zu Wasser kommt die Verschmutzung durch die umliegende industrielle Landwirtschaft: Garnelenzucht und Zuckerrohranbau bewirtschaften riesige Flächen, in denen massiv Pestizide eingesetzt werden. Das kontaminierte Wasser gelangt auch auf die Äcker der Kleinbäuer*innen. Der Staat, so die Bewohner*innen, kontrolliert die Anwendung der Agrarchemikalien kaum oder gar nicht.

Weitere illegale Landvergabe

Am 5. August 2021 wurde FIAN erneut von den ecuadorianischen Partnern kontaktiert. Das Landwirtschaftsministerium hatte in einem Bescheid die betroffenen 150 Hektar erneut an „La Largarera“ vergeben. Eine Entscheidung, die die rechtmäßige Rückgabe der Flächen an ASOMAC massiv untergräbt. Die Gemeinde reichte wiederum Klage ein.



Austausch von ASOMAC und FIAN (2016)



Mitglieder der Montubius-Gemeinschaft ASAOMAC

FIAN Deutschland wandte sich im Oktober an den ecuadorianischen Staat und forderte diesen zur Einhaltung seiner menschenrechtlichen Pflichten auf. Hierzu zählen neben der Aufhebung des kürzlich herbeigeführten Verwaltungsbeschlusses der Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte der Gemeinde. Die Durchsetzung der Landbesitzrechte der betroffenen Kleinbäuer*innen ist essentiell, um ihnen einen sicheren Zugang zu Land und Wasser zu garantieren, um sich selbst in Würde ernähren zu können.

- 1 Buen Vivir bzw. Sumak kawsay auf Quechua bildet ein zentrales Prinzip in der Weltanschauung und Lebenspraxis indigener Gruppen aus dem Andenraum. Das Konzept wurde 2008 in der Verfassung von Ecuador als Staatsziel verankert.
- 2 Interviews mit den Vertriebenen finden sich auf dem Youtube-Kanal von FIAN. Das Video entstand anlässlich der Überprüfung der Menschenrechtslage (UPR) in Ecuador durch die UN 2017.

Myanmar: Zweifelhafte Geschäftsbeziehungen des Lastwagenherstellers MAN

von Lea-Sophie Müller-Praefcke und Mathias Pfeifer

Die Militärjunta von Myanmar greift bei der brutalen Niederschlagung der Proteste gegen den Putsch auf eine Flotte von Lkws der Marke Sinotruk zurück. Sinotruk ist ein chinesischer Geschäftspartner des deutschen Unternehmens MAN. Myanmarische Menschenrechtsaktivist*innen und FIAN fordern MAN auf, die Geschäftsbeziehungen von Sinotruk mit dem Militärregime genau zu untersuchen und jegliche Zusammenarbeit sofort einzustellen.

Seit dem Putsch vom 1. Februar 2021 wurden über 1.300 Menschen von den myanmarischen Militär- und Sicherheitskräften getötet. Mehr als 10.000 Personen wurden verhaftet. Die Junta regiert auf die Proteste mit gezielter Ermordung, brutaler Folter und dem Verschwindenlassen von Zivilist*innen. Der Putsch hat Myanmar in eine tiefe politische und humanitäre Krise gestürzt. Die Wirtschaft ist zusammengebrochen, und der Corona-Virus wütet unkontrolliert im ganzen Land. Nun droht eine Hungerkrise für Millionen von Menschen.



Soldaten beim Einsatz gegen Protestierende (© Myanmar Now)

Gewaltsame Konflikte sind neben strukturellen Ursachen wie soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung und ungerechte Handelsstrukturen eine der Hauptursachen für Hunger und Unterernährung in dem südasiatischen Land. Hunger war schon vor dem Militärputsch ein Problem. Die aktuelle Krise verschärft die Lage nochmals dramatisch: Die Preise von Nahrungsmitteln sind stark gestiegen – sie erhöhten sich allein zwischen Februar 2020 und August 2021 um mehr als fünfzig Prozent. Die FAO, die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, warnte kürzlich vor einer sich anbahnenden Ernährungskrise in Myanmar. Die Zahl der Hungernden droht sich auf über sechs Millionen Menschen zu verdoppeln. Die anhaltenden Konflikte und der bis 2023 verhängte Ausnahmezustand werden die bedrückende Situation vermutlich weiterhin verschlechtern.

MAN-Beteiligung von 25 Prozent

Der Tatmadaw, wie das Militär in Myanmar genannt wird, ist verantwortlich für die dramatische Lage. Bei den blutigen Einsätzen gegen Zivilist*innen nutzt das Militär für Truppentransporte eine Lastwagenflotte der Marke Sinotruk. Soldaten schossen mitunter aus den Sinotruk-Militärlastern mit Steinschleudern und Luftgewehren auf Protestierende und transportierten darin willkürlich verhaftete Demonstrant*innen ab. Die Tatmadaw nutzt die Lastwagen womöglich ebenfalls für

Militäroperationen gegen die diversen ethnischen Minderheiten im Land, bei denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden.

Das Howo-Modell von Sinotruk ist einer der am meisten genutzten Militärlastwagen in Myanmar. Die Tatmadaw produziert zudem Fahrzeuge der Marke MILTRUK, bei denen einige Modelle augenscheinlich dem Howo-Modell von Sinotruk nachgebaut sind. Diese MILTRUK-Militärlastwagen werden unter anderem mit Raketenabschussystemen bestückt.

Sinotruk, eigentlich *China National Heavy Duty Truck Group*, ist ein führender Lkw-Bauer aus China. Die Firma verkauft Fahrzeuge in über 100 Länder, darunter auch Myanmar. Der Hauptteil der Vermögenswerte der Sinotruk Group liegen bei der börsennotierten Tochter *Sinotruk (Hong Kong) Limited*. 90 Prozent der Verkäufe laufen über Sinotruk Hong Kong ab. Der in München ansässige Lastwagenproduzent MAN stieg 2009 bei Sinotruk ein: Für 560 Millionen Euro erkaufte sich MAN 25 Prozent plus eine Aktie bei der *Sinotruk (Hong Kong) Limited*. Als „Sperrminoritätsaktionär“ hat MAN einen erheblichen Einfluss auf deren Geschäfte und ist auch im Vorstand von *Sinotruk (Hong Kong) Limited* vertreten. MAN selbst ist ein Tochterunternehmen des Traton-Konzerns, welcher wiederum mehrheitlich der Volkswagen AG gehört.

Firma leugnet Vorwürfe

Bereits im März 2021 teilten MAN/Traton gegenüber der Süddeutschen Zeitung mit, dass Sinotruk versichert hätte, keine Geschäfte mit dem myanmarischen Militär zu tätigen. Angesichts der schweren und systematischen Angriffe auf die myanmarische Bevölkerung durch die Tatmadaw, welche laut UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Myanmar Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen, ist eine solche Zusicherung jedoch ungenügend.

Im September 2021 forderte FIAN gemeinsam mit der myanmarischen Menschenrechtsgruppe *Justice For Myanmar* und



Soldaten schießen aus Sinotruk-Lkw auf Protestierende (© Myanmar Now)



Verhaftung eines Demonstranten (© Myanmar Now)

weiteren Organisationen MAN in einem offenen Brief auf, die Geschäftsbeziehungen von Sinotruk genau zu untersuchen und sicherzustellen, dass Sinotruk nicht mit dem myanmarischen Militär kooperiert. MAN – beziehungsweise dessen Mutterkonzern Traton – antwortete darauf, dass Sinotruk alle Geschäftsaktivitäten in Myanmar eingestellt habe. Des Weiteren behauptet Sinotruk, niemals Fahrzeuge an das myanmarische Militär verkauft zu haben. Eine Erklärung, wie die Flotte von Sinotruk-Militärfahrzeugen in die Hände der Tatmadaw gelangen konnte, wurde allerdings nicht geliefert.

„Die Zahl der Hungernden in Myanmar droht sich auf über sechs Millionen Menschen zu verdoppeln.“

Geschäfte mit Militär einstellen

Untersuchungen von *Justice For Myanmar* im September zeigen auf, dass ein Geschäftspartner von Sinotruk in Myanmar, die *Myanmar Chemical & Machinery (MCM)*, in weitreichende Waffengeschäfte mit der Tatmadaw verwickelt ist. Laut Quellen aus dem Privatsektor ist MCM auch an der Produktion von Militärfahrzeugen der Marke MILTRUK beteiligt. Nach weiteren Nachfragen dazu bestätigte MAN/Traton gegenüber FIAN, dass Sinotruk tatsächlich Fahrzeuge und Teile an MCM verkaufe, welche aber ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden dürften. Auch an der Produktion von MILTRUK-Fahrzeugen sei Sinotruk in keiner Weise involviert. Eine umfassende Aufklärung, wer die Sinotruk-Flotte nun an das Militär verkauft habe und welche Beziehungen (etwa von Zwischenhändlern) zu MILTRUK existieren, steht allerdings noch aus.

FIAN und die Partnerorganisationen fordern von MAN weiterhin, diese Sachverhalte einer umfassenden Prüfung zu unterziehen und sich nicht einfach auf die Zusicherungen der chinesischen Firma zu verlassen. MAN sollte sich zudem dafür einsetzen, dass Sinotruk die Zusammenarbeit mit dem in Waffenhandel verwickelten Geschäftspartner MCM sofort einstellt. MAN steht in der Verantwortung, Menschenrechte im Rahmen seiner Geschäftsbeziehungen zu schützen und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. FIAN fordert daher von MAN: keine weitere Auslagerung der Verantwortung! Menschenrechte müssen überall auf der Welt geschützt werden.

Hunger als Waffe gegen die Zivilbevölkerung

Am 26. November 2021 warnte der Sonderbeirat für Myanmar (Special Advisory Council for Myanmar), dem Experten wie Yanghee Lee, der ehemaligen UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Myanmar, angehören, dass die Militärjunta scheinbar gezielt Teile der eigenen Bevölkerung an den Rand des Verhungerns bringt, um den Widerstand gegen den Militärputsch zu brechen. In dem Statement des Sonderbeirats heißt es: „In ganz Myanmar hat die Militärjunta Zufahrtsstraßen blockiert, die Gemeinden von der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten abgeschnitten, Lebensmittellager angezündet und Viehbestände getötet. Wiederholte Militäroffensiven haben die Landwirte im Nordwesten und Osten daran gehindert, ihre jährliche Reisernte zu pflanzen und zu ernten, die die Hauptquelle der lokalen Nahrungsmittelversorgung darstellt. Infolgedessen sind die Menschen im ganzen Land vom Hungertod bedroht.“ Massenhunger als Waffe gegen die Zivilbevölkerung wird in Myanmar seit den 1960er Jahren eingesetzt, etwa im Kampf der Tatmadaw gegen die ethnische Minderheit der Karen im Südosten des Landes.



Truppentransport mit Sinotruk-Lkws (© Myanmar Now)



Verhaftung eines Demonstranten (© Myanmar Now)

Recht auf gesunde Umwelt anerkannt

von Greta Möller

Nach langem Einsatz der Zivilgesellschaft, darunter FIAN, hat der UN-Menschenrechtsrat am 8. Oktober das Recht auf eine gesunde und nachhaltige Umwelt anerkannt. Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt, David R. Boyd, spricht von einem historischen Durchbruch. Die Resolution werde hilfreich sein, um strengere Umweltgesetze durchzusetzen und den Klimaschutz voranzubringen.

Das Recht auf eine gesunde Umwelt umfasst saubere Luft und Wasser, gesundes Essen, Klimaschutz, intakte Ökosysteme und eine von Giften unbelastete Umwelt. Wie wichtig dies ist, zeigen Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wonach 24 Prozent der weltweiten Todesfälle auf Umwelteinwirkungen zurückzuführen sind. Laut David Boyd sind Menschen „abhängig von einer gesunden Umwelt, um ein würdevolles, gesundes und erfüllendes Leben zu führen“. Die Klimakrise verschärfe die Armutssituation vieler Menschen und somit globale Asymmetrien. Auch die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet zeigte sich „erfreut“, dass die Resolution Umweltzerstörung und Klimawandel als Menschenrechtskrisen anerkenne.

Jahrzehntelange Verhandlungen

Die Resolution ist „besonders wichtig für Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen, die oft unter großem persönlichen Risiko für den Schutz von Land, Luft, Wasser und Ökosystemen eintreten“, so Boyd weiter. Neben dem UN-Sonderberichterstatter hatten sich der UN-Kinderrechtsausschuss, das UN-Umweltprogramm, das Hochkommissariat für Menschenrechte sowie UN-Generalsekretär António Guterres für die Anerkennung eingesetzt.

Gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen hatte auch FIAN an den Menschenrechtsrat appelliert, der Resolution zuzustimmen. Slowenien, die Schweiz, Costa Rica, Marokko und die Malediven haben diese eingebracht. 43 der 47 im Menschenrechtsrat vertretenen Staaten stimmten schließlich dafür. Russland, Indien, China und Japan enthielten sich. Kritische Stimmen betonten im Vorfeld, dass das Recht auf eine gesunde Umwelt durch geltende Menschenrechtsabkommen und ihre

Interpretationen bereits abgedeckt sei und sich zunächst auf deren Durchsetzung konzentriert werden sollte.

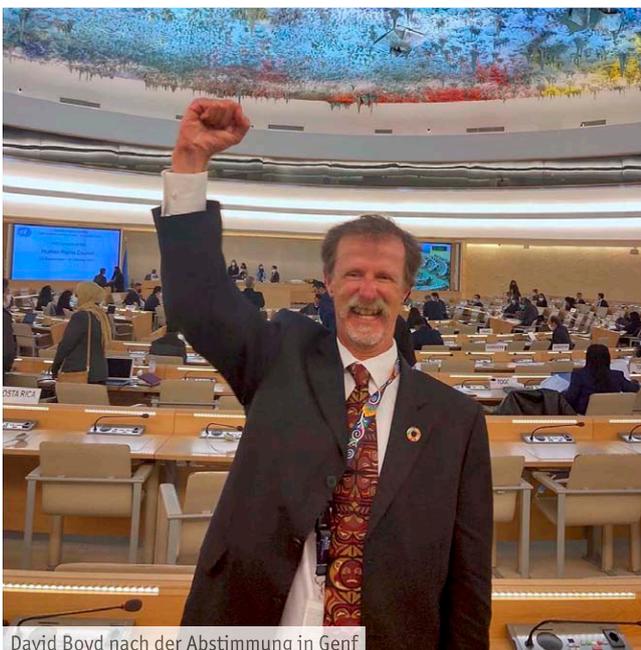
Rechtliche Verankerung

Bislang enthält keine der neun UN-Menschenrechtskonventionen explizit ein Recht auf gesunde Umwelt. Eine umweltrechtliche Dimension existiert im weitesten Sinne beim Recht auf Leben, dem Recht auf Gesundheit und dem Recht auf angemessenen Lebensstandard. Die neue Resolution schließe eine Rechtslücke „von der umweltverschmutzende Staaten und Unternehmen profitierten“, so Clémence Bectarte von der Internationalen Föderation für Menschenrechte (FIDH). Im Oktober 2020 war bereits die Resolution 45/30 zum Recht des Kindes auf eine gesunde Umwelt verabschiedet worden. Auf regionaler Ebene war das Recht zum Teil bereits verankert, beispielsweise in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker (Art. 24) und dem San Salvador-Zusatzprotokoll zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention. Auch einige Staaten haben den Grundgedanken in ihrer Verfassung anerkannt. So ist im deutschen Grundgesetz der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Artikel 20a verankert. Umweltschutz gilt als Staatsziel, ist jedoch nicht von Individuen einklagbar.

Auch in anderen Staaten ist die Durchsetzung schwierig. Deshalb forderten Kritiker*innen, zunächst Durchsetzungsverfahren bereits bestehender Menschenrechte zu stärken, bevor neue Rechte verabschiedet werden. Bereits 2018 hatte UN-Sonderberichterstatter Boyd daher 16 Prinzipien zu Menschenrechten und Umwelt vorgelegt. Diese zielten auf prozedurale und materielle Verpflichtungen sowie besondere Schutzpflichten vulnerabler Gruppen ab. Dass das Recht auf eine gesunde Umwelt nun explizit anerkannt wird, ist nach Boyd von hoher Bedeutung, um strengere Umweltgesetze durchsetzen zu können. Der Sonderbeauftragte fordert die Regierungen weltweit auf, das Recht in nationale Verfassungen zu übertragen.

Umweltschutz und Menschenrechte zusammendenken

Das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt soll zeitnah auch per Resolution von der UN-Generalversammlung anerkannt werden. Auch dieser Schritt wäre zwar nicht rechtlich bindend, stellt aber eine Legitimation für künftige politische Entscheidungen dar. „Es sind nun mutige Maßnahmen erforderlich, damit diese Resolution als Sprungbrett für eine transformative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik dient, die Menschen und Natur schützt“, betont UN-Hochkommissarin Bachelet. „Wir müssen auf diesem Momentum aufbauen, um die falsche Trennung von Umwelt- und Menschenrechtsschutz zu überwinden. Keines der beiden Ziele kann ohne das andere erreicht werden“. FIAN wird die Entwicklung weiterhin verfolgen und sich für die Umsetzung des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt auch in Deutschland einsetzen.



David Boyd nach der Abstimmung in Genf

FIAN Kontakt

FIAN Deutschland • Gottesweg 104 • 50939 Köln • Tel.: 0221-474491-10 • Fax 0221-474491-11 • info@fian.de • www.fian.de

FIAN Lokalgruppen

Berlin, Maren Staeder, info@fian-berlin.de

Kontakt Hamburg: Heiko Hansen, heiko.hansen@mailbox.org

Heidelberg, Charlotte Dreger, charlottedreger@posteo.de

Kontakt Koblenz: Rita Rudolph, 0261-86320

Marl, Klaus-Dieter Hein, kghein@t-online.de

München, Arne Klevenhusen, fian@muenchen-mail.de

Münsterland, Timo Beiermann, timo.beiermann@gmx.net

Rheinland, fian_rheinland@web.de

Tübingen, Harald Petermann, fian-tuebingen@web.de

FIAN Arbeitskreise

AK Agrar, Roman Herre, r.herre@fian.de

AK Bildung, Barbara Lehmann-Detscher, b.lehmann-detscher@fian.de

AK Gender, Gertrud Falk, g.falk@fian.de

AK Klima, Jeanette Schade, jeanette.schade@posteo.de

AK Jurist*innen, Tim Engel, tim.engel@arcor.de

Fallarbeitsgruppe Ecuador, Sini Bodemer, sini.bodemer@fian-berlin.de

Team Fallarbeit, Philipp Mimkes, p.mimkes@fian.de

FIAN-Beirat

Prof. Dr. Remo Klinger, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Christine von Weizsäcker, Biologin, Vorsitzende Ecoropa

Wolfgang Kaleck, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR

Prof. Dr. Michael Krennerich, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik (Uni Erlangen-Nürnberg), 1. Vorsitzender Nürnberger Menschenrechtszentrum

Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie (Hochschule Nürtingen-Geislingen)

Prof. (em) Dr. Franz Segbers, Sozialethiker

Prof. Dr. Stefan Selke, Soziologe (HAW Furtwangen)

Dr. Brigitte Hamm, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)

Dr. Rainer Huhle, Politologe, ehem. Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Vorstand Nürnberger Menschenrechtszentrum

Prof. (em) Dr. Hanns Wienold, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasiens

Prof. Dr. Anne Lenze, Sozialrechtlerin (Hochschule Darmstadt)

Dr. Steffen Kommer, Jurist, Autor „Menschenrechte wider den Hunger“

Geschäftsstelle

Almudena Abascal, Fallarbeit Lateinamerika, a.abascal@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Gertrud Falk, Jahresthema, Bildungsarbeit, Gender, Multiplikator*innen, Pressekontakte, g.falk@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-15

Sandra Falkenau, Finanzverwaltung, s.falkenau@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-14

Marian Henn, Webseite, Öffentlichkeitsarbeit, m.henn@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-10

Roman Herre, Landwirtschaft, Landkonflikte, Welternährung, r.herre@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Barbara Lehmann-Detscher, Spenden, Mitgliedschaft, Fundraising, Bildungsarbeit, b.lehmann-detscher@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-16

Philipp Mimkes, Geschäftsführung, Fallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion FoodFirst, p.mimkes@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-20

Mathias Pfeifer, Fallarbeit Südostasien, m.pfeifer@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

bitte
ausreichend
frankieren

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum (für Statistik)

Bitte tragen Sie Ihre vollständige Anschrift ein, für die Angabe einer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer wären wir Ihnen sehr dankbar. Ihre Daten werden nicht weitergegeben und nur zu vereinsinternen Zwecken verwendet!



www.fian.de



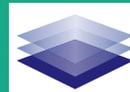
fiandeutschland



fiandeutschland



fiangermany



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Termine

- 22. Januar** **Demo „Wir haben es satt“**
Berlin
- 26. Januar** **Fachpodium „Folgen von Land-
investitionen für Landrechte, Böden
und Ernährungssouveränität“**
GFFA, Berlin
- 28. Januar** **FIAN-Aktiventreffen**
virtuell
- 9. Februar** **SDG 2 „Kein Hunger“**
VHS Berlin
- 19. Februar** **Saatgutfestival**
Köln
- 25. Februar** **Workshop „Hunger ist keine Frage des
Mangels“**
Hamm

Informationen zu Anmeldung und Anfangszeiten: info@fian.de

Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit!

ISSN 1611-5880

Ich möchte FIAN-Mitglied werden

Die Mitgliedschaft beinhaltet die Zusendung des FoodFirst-Magazins

Mein Jahresbeitrag: 60 Euro 120 Euro _____ Euro

Ich möchte meinen Beitrag erhöhen

Ab dem _____ erhöhe ich meinen
Beitrag um _____ Euro pro Monat.

Ich möchte das FoodFirst abonnieren

als Druckexemplar pdf-Abo an:

E-Mail _____

Abo-Jahresbeitrag: (Bei Auslandsversand zzgl. 10 Euro)

15 Euro Standardabo 30 Euro Förderabo

Ich erteile FIAN eine Einzugsermächtigung

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige FIAN Deutschland e.V., Gottesweg 104, 50939 Köln, Gläubiger-Identifikationsnummer DE2ZZZ00000081635, wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von FIAN Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Meine Zahlungsweise:

jährlich halbjährlich vierteljährlich monatlich

KontoinhaberIn

Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE __ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____

Datum

Unterschrift

Impressum

Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.

Tel.: 0221 – 474491-10 • Fax 0221 – 474491-11

www.fian.de • info@fian.de

Ausgabe 4/2021 • Erscheinungsdatum: Dezember 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Philipp Mimkes

V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes

Layout: Silvia Bodemer

Lektorat: Philipp Mimkes

Titelbild: Amina Mohammed, Deputy Secretary-General UN (© FAO)

Fotos: © FIAN oder s. Bildunterschrift

Druck: Basisdruck GmbH, Duisburg, auf 100% Recyclingpapier

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr

Druckauflage: 1.700 • Einzelpreis: 4,00 Euro Schutzgebühr

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten

Abonnement: 15,- Euro Standardabo, 30,- Euro Förderabo

Auslandsversand: zzgl. 10,- Euro

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2022.

Spendenkonto FIAN Deutschland:

GLS-Bank Bochum

IBAN: DE84 4306 0967 4000 444400 • BIC: GENODEM1GLS